

2837/J XXII. GP

Eingelangt am 06.04.2005

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Weinzinger, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen
betreffend Überprüfung der innerstaatlichen Rechtslage

Im Rahmen der EU-Präsidentschaft 2006 werden Sie ein besonderes Augenmerk auf die frauenpolitischen Themen Zwangsheiraten, Ehrenmorde, Genitalverstümmelung und Frauenhandel legen. Im Budgetausschuss, Teilgruppe Frauen, haben Sie erwähnt, dass es in Bezug auf die erwähnten Menschenrechtsverletzungen zu einer innerstaatlichen Überprüfung der Rechtslage zwischen dem BMI, dem BMJ und dem BMGF kommen wird.

Es ist jedoch noch weitgehend unklar, wie diese innerstaatliche Überprüfung der Rechtslage konkret aussehen wird und welche Konsequenzen bzw. weiteren Schritte sie nach sich ziehen wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wird das Asylgesetz im Hinblick auf die Einbeziehung der oben erwähnten Menschenrechtsverletzungen geprüft werden? Wenn ja, welche Konsequenzen werden sich daraus ergeben?
2. Wird das Fremdenrecht im Hinblick auf die Einbeziehung der oben erwähnten Menschenrechtsverletzungen geprüft werden? Wenn ja, welche Konsequenzen werden sich daraus ergeben?

3. Wird das Strafrecht im Hinblick auf die Einbeziehung der oben erwähnten Menschenrechtsverletzungen geprüft werden? Wenn ja, welche Konsequenzen werden sich daraus ergeben?
4. Wird der Zugang zur Gesundheitsversorgung von Opfern der oben erwähnten Menschenrechtsverletzungen geprüft werden? Wenn ja, welche Konsequenzen werden sich daraus ergeben?
5. Gibt es Beratungseinrichtungen, die die nötige Kapazität haben, um Opfer der oben erwähnten Menschenrechtsverletzungen kompetent beraten zu können? Falls nein, wird es zu einem Ausbau der Beratungseinrichtungen auf diesem Gebiet kommen?
6. Wird es zusätzliche Förderungen für Beratungseinrichtungen, die auf die oben erwähnten Menschenrechtsverletzungen spezialisiert sind, geben?
7. Welche konkreten Verbesserungen für die Opfer der oben erwähnten Menschenrechtsverletzungen planen Sie?